

Thierse fordert Aufklärung in Handydaten-Affäre

30.07.2011, 13:32 Uhr | dapd



Dresden (dapd-lsc). Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD) fordert von Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) eine restlose Aufklärung der sogenannten Handydaten-Affäre. Polizei und Staatsanwaltschaft hätten offensichtlich "massenhaft und systematisch in die Grundrechte Zehntausender Bürger eingegriffen, sie haben offensichtlich in forschem Ermittlungseifer das Gefühl für den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verloren", schreibt Thierse in einem am Samstag in der "Sächsischen Zeitung" veröffentlichten offenen Brief.

Im Zusammenhang mit einer teilweise gewalttätigen Demonstration gegen Neonazis am 19. Februar 2011 in Dresden hatten die Behörden Zehntausende Handy-Verbindungsdaten erfasst. Thierse kritisierte, dass die Staatsanwaltschaft mit Blick auf laufende Ermittlungen keine Auskunft gebe.

Es entstehe deshalb der Eindruck, "dass die Dresdner Behörden entweder nicht bereit oder nicht fähig sind, Rechenschaft über ihr Handeln, über den massenhaften Eingriff in die Grundrechte von Bürgern zu geben." Die Geisteshaltung, die hinter einer solchen Respektlosigkeit gegenüber den Bürgerrechten stehe, könne zu einer Bedrohung für die Demonstrationsfreiheit, den Rechtsstaat und die Demokratie werden, schreibt Thierse weiter.

(http://regionales.t-online.de/thierse-fordert-aufklaerung-in-handydaten-ffaere/id_48471290/index)

Freistaatstheater des Tages: Sachsen

Ziemlich simpel sei das Herrschaftsprinzip in Sachsen, meint der Spiegel: »Wer sich gut mit der Regierung stellt, kann in Frieden leben. Den anderen droht Ungemach.« Übersetzt heißt das ungefähr: Wer nicht für die seit über 20 Jahren an Elbe und Pleiße regierende CDU ist, wird als Staatsfeind behandelt. Aufhänger für die Hamburger Zeitschrift ist die Affäre um die riesigen Mengen abgeschöpfter Handydaten, für die sich die Dresdener Staatsanwaltschaft den Paragraphen 129 heranzog. Der betrifft kriminelle Vereinigungen, die Straftaten begehen wollen, gemeint sind Demonstranten. Das hält das Nachrichtenmagazin für den »Höhepunkt einer ganzen Reihe juristischer Absonderlichkeiten, die wohl in keinem anderen Bundesland vorstellbar wäre«. Zwei Stichworte: Der Biedenkopf-Kritiker und SPD-Landtagsabgeordnete Karl Nolle wurde von Staats wegen beruflich fertiggemacht, ebenso Hinweisgeber auf den »Sachsensumpf«, d.h. auf Verwicklungen hochrangiger Juristen und Politiker in die organisierte Kriminalität. Im »konservativen Freistaatstheater« spielte sich laut Spiegel auch folgendes ab: Der frühere Dresden-Korrespondent des Blattes, Steffen Winter, entdeckte bei regierungskritischen Recherchen einen Peilsender an seinem Mietwagen, dann wurde er von der Polizei vorgeladen, weil in einem anderen von ihm gemieteten Auto Drogen gefunden worden waren – »von wem auch immer plaziert«. Winter habe die Spiegel-Justitiare eingeschaltet, »dann hörte er nichts mehr von der Angelegenheit«. Der Historiker Wolfgang Wippermann faßt im Nachrichtenmagazin zusammen: Sachsen sei das »rechtskonservativste und unfreieste Bundesland der Republik«. Das bedarf einer Korrektur: Sachsen interessiert sich zwar weder für völkerrechtlich verankertes Weltkulturerbe noch für das Grundgesetz, gejagt werden aber im allgemeinen nur Linke oder Ausländer. Neonazis erfreuen sich größter Freiheiten.

(asc)

(<http://www.jungewelt.de/2011/08-02/051.php>)

Neues Deutschland

„Ich sehe mit Verwunderung, wie Gewalt verharmlost wird“

Justizminister Jürgen Martens zur Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in Sachsen und Regeln für die Handy-Abfrage

DRESDEN - Mit Verweis auf die großen Mengen abgeschöpfter Handy-Daten am Rande der Nazi-Demo im Februar in Dresden hat das Nachrichtenmagazin 'Spiegel' den Regierenden im Freistaat jetzt ein fragwürdiges Verhältnis zum Rechtsstaat attestiert. Hubert Kemper sprach darüber mit Justizminister Jürgen Martens (FDP)

Freie Presse: Ist Sachsen eine Halbdemokratie, wie die Grüne Antje Hermenau in dieser Woche ins Spiegel zitiert wird?
Jürgen Martens: Diese Behauptung ist so abwegig, dass ich sie nur schwer kommentieren kann. In Sachsen arbeitet die Justiz ebenso rechtsstaatlich wie in anderen Bundesländern. Das müsste auch Frau Hermenau wissen.

Trotzdem Sie, wenn ein Berliner Professor den Freistaat als rechtskonnektivstes und unfreies Bundesland der Republik bezeichnet?
Natürlich trifft mich diese populistische Unterstellung. In einer Demokratie herrscht Meinungsfreiheit, das gilt auch für Berliner Professoren. Die Menschen in Sachsen können den Unsinn solcher Behauptungen einschätzen, aber auch Bundesstagsvizepräsident

Wolfgang Thierse beklagt Defizite bei der Wahrnehmung der Meinungsfreiheit in Sachsen. Herr Thierse ist leider nicht nur einmal durch Aufgeregtheit und weniger durch Sachkenntnis aufgefallen. Gerade wegen seiner Funktion wünschte ich mir dass er schwere Straftaten nicht verharmlost und et was mehr Respekt vor der schwieri

gen Aufgabe eines Polizisten zeigt. Hätten Sie in Ihrer früheren Oppositionsrolle nicht auch energisch gegen überzogene staatliche Schnüffelei protestiert?

Wenn Polizei und Justiz Gewalttäter ermitteln und aburteilen wollen, muss ihnen der Einsatz technischer Hilfsmittel geflattet sein. Das ist in Dresden bei den Demonstrationen im Februar geschehen und zwar in rechtsstaatlich korrekter Manier. Das hätte ich auch als Oppositionspolitiker anerkennen müssen.

Mehr als eine Million Mobil-Datensätze und Telefonnummern

sind abgeschöpft worden, die Masse davon von Unbeteiligten. Halten Sie das für angemessen?

Bei Funkzellenabfragen in Großstädten werden automatisch viele Daten erfasst. Natürlich muss dabei die Verhältnismäßigkeit besonders geprüft werden. Zum konkreten Fall werden die Gerichte nun zu entscheiden haben. Eines muss aber auch klar sein: Die Daten Unbescholtener werden gelöscht. So wird es in Sachsen wie in allen anderen Bundesländern gehandhabt.

Vielleicht auch, weil die Polizei wie bei Razzien gegen Linke besonders rigoros vorgeht?

Ich sehe mit einiger Verwunderung, wie derzeit Gewalt verharmlost und Antifaschismus zum Heldenmythos verklärt wird. Die Ermittlungsarbeit der Justiz ist im vollen Gang. Warten wir ab, ob der Aufwand wirklich gerechtfertigt war. Ergebnisse können nicht vorab am schwarzen Brett ausgeteilt werden.

Sie wollen im Bundesrat den Begriff „Straftat von erheblicher Bedeutung“ präzisieren lassen. Was versprechen Sie sich davon?

Wir wollen für die Berechtigung von Funkzellenabfragen, bei denen auch Unbeteiligte betroffen sein können, gewissermaßen eine Decke einziehen. Das erwartete Strafmaß

muss also eine Freiheitsstrafe von mindestens einem halben Jahr sein. Das ist bei besonders schwerem Landfriedensbruch oder gefährlicher Körperverletzung der Fall. Ihre Staatsanwälte wollen die Decke aber tiefer hängen und Abfragen auch beispielsweise bei Atato-Serien Dieben ermöglichen. Hier gibt es gar keinen Dissens. Auch kfm g wird es zum Beispiel möglich sein, organisierte Banden von Autodieben mittels Funkzellenabfrage zu verfolgen.

Welche Rolle soll der Datenschutzbeauftragte spielen?

Er soll seine Kontrollrechte bei der Ermittlung großer Datenmengen besser wahrnehmen können, indem 'ihn die Staatsanwaltschaft über die Anordnung einer Funkzellenabfrage unverzüglich zu informieren hat. Darüber hinaus soll er benachrichtigt werden, wenn die Staatsanwaltschaft später auf die Unterrichtung Betroffener verzichten möchte.

Die Staatsanwälte sehen Ihre liberale Position ebenso skeptisch wie Ihre Weigerung zur Datenspeicherung.

Bisweilen gehen die Wünsche von Strafverfolgungsbehörden über das hinaus, was rechtspolitisch durchsetzbar ist. Das sollte man aber nicht verallgemeinern.

»Den Geist des Grundgesetzes offensichtl ich missachtet«

Offener Brief von Bundestagsvize Wolfgang Thierse (SPD) sorgt in Sachsen für Kontroversen / FDP: Selbstklärer Märtyrer

Von Hendrik Lusch, Dresden

Wegen der massenhaften Handyüberwachung in Sachsen erhebt der SPD-Bundestagsvize Wolfgang Thierse heute Vorwürfe gegen Polizei und Staatsanwaltschaft und sorgt damit für scharfen Parteienstreit im Freistaat.

In Sachsen, klagt Wolfgang Thierse, »gerät mci offenbar leicht in Verdacht«. Anlass für die Featspielung, die der SPD-Mann und Vizepräsident des Bundestages an den Anfang eines offenen Briefes an den sächsischen Innenminister Markus Ulbig (CDU) stellt, sind Vorgänge am 19. Februar. Damals protestierten in Dresden 15000 Menschen, unter ihnen Thierse, gegen den zweiten binnen einer Woche gesahnten Nazi-Aufmarsch. Im Laufe des Tages telefonierten viele der Demonstranten und gerieten da-

mit unfreiwillig ins Visier der Polizei. Diese überwachte an dem Tag, wer in Dresdens Innenstadt wann und mit wem telefonierte. Zuvor hatte auch das LKA entsprechende Daten erhoben. Insgesamt geht es um über eine Million Verbindungsdaten; von 40732 Telefonbesitzern wurden zudem Namen, Anschriften und Geburtsdaten ermittelt.

Thierse räumt in dem Brief ein, Polizei und Staatsanwaltschaft hätten »nicht ohne jeden Anlass und nicht ohne jede formale gesetzliche Grundlage« gehandelt. Dennoch erhebt er schwere Vorwürfe gegen die Behörden. Diese hätten »offensichtlich den Geist des Grundgesetzes missachtet« und massenhaft systematisch in Grundrechte zehntausender Bürger eingegriffen. Ihnen sei »das Gefühl für den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verloren« gegangen.

Diesen Eindruck teilt viele Beobachtet-seit sich abzeichnet, was der Auslöser für die Handyabfrage im großen Stil war. Einmal geht es, wie Innenminister Ulbig stets betont, um Angriffe auf Polizisten, von denen am 19. Februar 112 gemeldet wurden. Der weitaus größere Teil der Daten freilich wurde einem Ermittlungsverfahren des LKA zugeführt, in dem bewiesen werden soll, dass etliche gewalttätige Angriffe auf linksgerichtete Gruppen ausgingen. Die Rede ist vom knapp zwei Dutzend Verdächtigen: Vermutet wird, dass sie eine »kriminelle Vereinigung« bilden: - was den Effekt hat, dass das gesamte Arsenal des Ermittlungsverfahrens ausgeschöpft wird; - den kann, inklusive einer Handyabfrage, bei 140732 Menschen ins Visier geraten. Thierse fragt

angesichts dessen rhetorisch, ob die massenhaften Eingriffe in Grundrechte wirklich in vernünftigen Verhältnis zum Aufklärungsbedürfnis der Polizei stehen, und warnt, derlei Vorgehen könne »zu einer Bedrohung für die Demonstrationsfreiheit, den Rechtsstaat und die Demokratie« werden.

Ulbig selbst hat auf den offenen Brief noch nicht geantwortet; auf seiner Facebook-Seite teilte er am Montag mit, nach Ende seines Urlaubes müsse er noch zwei Stapel unerledigter Post abarbeiten. Eine Erwiderung auf Thierse Vorwürfe kam von der FDP, die mit Jürgen Martens dies für die Staatsanwaltschaft zuständigen Minister der Justiz stellt. Parlaments-Geschäftsführer Torsten I-Lerbsting Thierse frontal an: rind nannte ihn wegen seiner Kritik an den Behörden ein »geltungsbedürftiges Populisten«.

Thierse gefalle sich offenbar in einer selbstklärten Märtyrerrolle, weil isch seiner pointierten Kritik am Vorgehen der Polizei gegen Protestierer in Februar, das er »reaktionär« als »säkularistische Dekadenz« bezeichnet hatte, gegen ihn ermittelt wurde.

Der SPD-Landeschef Manfred Ulbig wiederum sprang für Thierse im die Bresche und warf seinesseils der Sachsen-CDU vor, in 21 Jahren Dominanz im Freistaat die sensible Balance zwischen Freiheit und Sicherheit verloren zu haben. Für sie sei bereits verdächtig, wrrisch: Feigen Rechts engagiere. Ähnliche Kritik kommt indes längst nicht mehr nur aus Sachsen. Der jüngste »Spiegel« zitiert drei Berliner Historiker Wolfgang Wippermanns mit der Einschätzung, Sachsen sei das »rechtskonservativste und unfreieste Bundesland« der Republik.

(Neues Deutschland vom 03.08.2011)